

## China und die ASEAN-Staaten

### (Zhao Ziyang besucht drei südostasiatische Länder und betreibt Vertrauenswerbung)

Oskar Weggel

Vom 6.-13. August besuchte Ministerpräsident Zhao Ziyang die Philippinen, Malaysia und Singapur und legte bei der Rückreise in Bangkok noch einen kurzen Zwischenaufenthalt ein. Diese Tour ist in Parallele zu sehen zur Drei-Länder-Rundreise Deng Xiaopings im November 1978 (Thailand, Malaysia und Singapur mit kurzem Zwischenaufenthalt in Bima) und der Südasiens-Reise Zhao Ziyangs im Juni 1981, bei der Pakistan, Nepal und Bangladesh besucht wurden.

Obwohl bei der Deng-Reise ähnliche Themen wie diesmal beim Zhao-Besuch im Vordergrund standen (nämlich das gespannte Verhältnis zu Vietnam, die Unterstützung örtlicher KPs durch China, die Auslandschinesen-Frage und bilaterale Komplexe), fand der Besuch Zhaos in Südostasien in einer weitaus entspannteren und "normalisierteren" Atmosphäre statt. Nur in Thailand war Deng damals herzlich empfangen worden, während die Visiten in Malaysia und Singapur von Kühle bestimmt waren. Obwohl sich auch diesmal die malaysische Führung verhältnismäßig zurückhaltend gab, fand Zhaos Besuch ein freundliches Echo, das auf den Philippinen und in Singapur sogar etwas von Herzlichkeit annahm.

Wie schon bei seiner Südasiens-Reise hatte Zhao auch bei seiner Südasiens-Visite eine Agendaliste bei sich, die sowohl bilaterale als auch regionale sowie weltpolitische Fragen umfaßte. An regionalen Fragen stand diesmal nicht das Verhältnis Chinas zu Indien, sondern vielmehr zu Vietnam im Vordergrund. Ebenso wie der geplanten Südasiatischen Gemeinschaft spendete Zhao zum wiederholten Male der seit 1967 bestehenden südostasiatischen ASEAN-Gemeinschaft seinen Beifall. Weltpolitisch ging es um die Verurteilung der Besetzung Afghanistans und Kambodschas. An bilateralen Fragen standen auch diesmal der Außenhandel sowie die KP-Unterstützung durch China im Vordergrund.

#### 1. Philippinen (6.-9. August 1981)

Schon in Manila schlug Zhao jenes Thema an, das er auf seiner weiteren Tour mehrere Male wiederholen sollte, nämlich daß die "Quelle der Unruhen in Südostasien" keineswegs von der Unterstützung kommunistischer Parteien durch China ausgehe, sondern vielmehr vom Zusammenwirken des "sowjetischen globalen Hegemonismus mit dem vietnamesischen Regionalhegemonismus". Aus diesem Grunde auch sei die Kambodscha-Frage kein Zufall und kein regionales Problem, sondern Bestandteil der globalen Situation, wie sie durch die sowjetische Gesamtstrategie mitgeformt worden sei. U.a. sei die Kambodscha-Frage nicht Ausdruck eines bilateralen Interessenkonflikts zwischen China und der Sowjetunion, sondern Erscheinungsform einer sowjetischen Bedrohung Südasiens und des Pazifiks. Aus diesem Grunde sollten China, die ASEAN-Länder, Japan, die USA, Australien und Neuseeland gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um dieser Bedrohung entgegenzutreten (2). Es

bestehe keine "Drohung von seiten Chinas". Die Situation Chinas sei gekennzeichnet durch eine riesige Bevölkerungszahl bei schwach ausgebildeter Wirtschaft. Es habe alle Hände voll zu tun, um genügend Nahrungsmittel, Kleidung, Behausung und Erziehung für seine Bevölkerung zu beschaffen. China brauche eine friedliche internationale Umgebung und suche überall nach Freundschaft mit anderen Nationen. China wolle niemals eine Supermacht werden und auch niemals nach Hegemonie trachten. Auch wolle es davon absehen, "subversive Aktivitäten gegen andere Staaten zu betreiben oder aber Einflusssphären zu errichten". Vielmehr wolle es sich an die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz halten. (3)

Die Zusammenarbeit mit den lokalen kommunistischen Parteien sei politischer und moralischer Natur. Die KPs dieser Länder seien ausschließlich eine innere Frage der betreffenden Staaten. China wolle sich weder in die Fragen dieser Staaten, noch in die inneren Angelegenheiten der lokalen KPs einmischen. Vielmehr wolle es mit den Regierungen der Länder friedlich zusammenarbeiten. Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahre 1975 seien zwischen beiden Regierungen zahlreiche Abkommen geschlossen worden, so u.a. über die wirtschaftliche Zusammenarbeit, über Handels- und Kulturaustausch, über die Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem und technologischem Gebiet und über den zivilen Luftverkehr (4). Zhao legte am Grabmal des philippinischen Nationalhelden Jose Rizal einen Kranz nieder, besichtigte das Philippinische Nationale Kunstzentrum und das Internationale Institut für Reisetzung in Los Banos und traf mit Vertretern der Obersechinesen und der philippinischen Bürger chinesischer Herkunft zusammen.

Bei einer Besprechung am 8. August auf der Yacht von Präsident Marcos gab Zhao Ziyang die Versicherung ab, daß China keine Kontakte mit der philippinischen Neo-KP oder mit der neuen Volksarmee mehr unterhalte (5). Beijing unterstütze inzwischen auch nicht mehr die regelmäßigen Propagandafunksendungen für die verschiedenen örtlichen Guerillaorganisationen. Noch Ende der 60er Jahre war China hinter der Neo-KP sowie der "Neuen Volksarmee" gestanden. Amado Guerrero, der KP-Vorsitzende, der sich inzwischen in Gewahrsam der Regierung befindet, hatte sich längere Zeit in Beijing aufgehalten (6). Seit den Auseinandersetzungen Chinas mit Vietnam, vor allem aber seit der Aussöhnung Beijings mit Washington, nicht zuletzt aber seit der Ausschaltung der noch in Beijing "beheimateten" philippinischen KP-Führer, sind die Bande der philippinischen Neo-KP nach China praktisch abgerissen. Mangels Unterstützung aus dem Ausland hat sich die NVA Mitte 1981 mit der MNLF (Moro National Liberation Front) zusammengeschlossen - ein Faktum, das von der Regierungspresse groß herausgestellt wurde. Die NVA verfügt über rund 5.000, die MNLF über 6.000-9.000 Guerillakämpfer. Diese Oppositionsfront wurde des Terrorismus beschuldigt. U.a. warfen MNLF-Angehörige Mitte April Bomben in eine Kathedrale der Stadt Davao auf der südphilippinischen Insel

Mindanao und töteten dabei über ein Dutzend Gläubige.

Die Beijinger Propaganda schweigt zu diesen Vorgängen, hebt aber andererseits lobend die Verdienste von Marcos hervor, so u.a. die Aufhebung des Kriegsrechts am 17. Januar 1981, das neun Jahre früher, nämlich 1972, verhängt worden war, ferner den Wahlsieg von Marcos vom 16. Juni und dessen Neuernennung zum Präsidenten (7). Ein XNA-Kommentar (8) hebt lobend die Wirtschaftserfolge der Philippinen zwischen 1973 und 1980, also in der Kernzeit der Kriegsrechtsjahre, hervor: Die Philippinen seien aus einem Reimporteur seit 1977 zu einem Reisexporteur geworden, hätten elf Grundindustrien aufgezogen und seien auch in der Lage gewesen, ihre Abhängigkeit von Rohöleinfuhren zu verringern. Von der Kritik, die u.a. die Weltbank an der philippinischen Industriepolitik geübt hat, ist in dieser positiven Berichterstattung nicht die Rede.

Auch sonst sieht China die Philippinen höchst positiv; u.a. applaudierte es der Stationierung von 26.500 amerikanischen Soldaten in der Flottenbasis Subic Bay und auf dem Luftwaffenstützpunkt Clark. Man vermerkt, daß sowjetische Militärflugzeuge seit Jahresbeginn über sechszigmal die philippinische Lufthoheit verletzt haben. Besonders wohlwollend wird die Person Ferdinand Marcos' beurteilt, den man offensichtlich für einen zuverlässigen Partner hält. Daß Marcos, ein Meister der Machterhaltung, der 1965 erstmals verfassungsmäßig gewählt und 1969 für vier Jahre in seinem Amt bestätigt wurde, eigentlich nach Ablauf der zweiten Periode gemäß der im Grundgesetz niedergelegten Amtszeitbeschränkung die Regierungsgeschäfte hätte abgeben müssen, statt dessen aber mit Hilfe der Kriegsrechtsverhängung seine Amtszeit künstlich verlängert und nun seit 1981 wieder "verfassungsmäßig" hat bestätigen lassen, wird von der chinesischen Presse höflich übersehen. Nur einmal klang leichte Kritik durch, nämlich als der Anstieg der Arbeitslosigkeit auf den Philippinen vermerkt wurde (9). Im übrigen aber konzentriert sich die chinesische Aufmerksamkeit ganz auf die philippinische Außenpolitik und auf die beiderseitigen Beziehungen, die auch durch volksdiplomatische Akte (häufiger Besuchs- und Austausch, philippinische Buchausstellungen in Beijing) (10) flankiert werden.

## 2. Malaysia (9.-11. August 1981)

In Malaysia stand der "Neuling" im Ministerpräsidentenamt, Zhao Ziyang, einem Premier gegenüber, der ebenfalls erst vor kurzem, nämlich Anfang Juli 1981, sein Amt angetreten hat. Der neue Premier, Mahatir Mohammad, ist seit Jahren dafür bekannt, daß er kein Blatt vor den Mund nimmt. U.a. hatte er vor Jahren ein Buch mit dem Titel "Das malaiische Dilemma" publiziert, das lange Zeit auf dem Regierungsindex stand. Mahatir, ein ehemaliger "Jungtürke", der wegen seiner Offenheit eine Zeitlang aus der Partei, der UMNO, ausgeschlossen war, hat offensichtlich seinem Gast Zhao Ziyang gegenüber in aller Offenheit die Besorgnisse Malaysias dargelegt, vor allem die Haltung Chinas gegenüber der KPM und die Differenzen in der Kambodscha-Frage.

Malaysias politische und wirtschaftliche Stabilität hängt vom harmonischen Zusammenleben der drei Communities, der Malaien, der Chinesen und der Inder, ab. Diese Harmonie wird z.T. nicht nur durch die regierungsoffizielle Malaisierungspolitik, sondern auch durch Untergrundbewegungen gestört, die von links und von rechts kommen. Die "linken" Unruhen gehen von der KPM aus, die jahrelang intensiv mit China zusammenarbeitete. 1980 kehrte ein Mitglied der KPM,

Musa Ahmad, der jahrelang im Pekinger Exil gelebt hatte, nach Kuala Lumpur zurück. Musa Ahmad, einer der wenigen Malaien in der Führung der KPM, erklärte, daß Chinas gegenwärtig so freundliche Haltung gegenüber Malaysia nichts anderes als ein taktisches Manöver sei und daß es der chinesischen Führung letztlich um eine Kontrolle über den gesamten südostasiatischen Raum gehe - ein Thema, das im übrigen auch von der vietnamesischen und der sowjetischen Propaganda pausenlos genährt wird. Die unter der Führung Chin Pengs stehende KPM hat ihre wichtigsten Basen z.Z. jenseits der malaiischen Grenze auf südthailändischem Gebiet, und zwar im Dschungelgebiet von Betong. Von dort aus werden von Zeit zu Zeit Stoßtrupps in die nördlichen malaiischen Staaten entsandt. Besonders wichtig für die malaysische Perzeption der Guerillabewegung ist die Tatsache, daß sich die Aufständischen vornehmlich aus Chinesen zusammensetzen und daß es vor allem chinesische Bevölkerungskreise waren, die während der Emergency-Zeit von 1948-1960 die Aufständischen unterstützten. Solange die regierungsoffizielle Malaisierungspolitik fortgesetzt wird, besteht die Gefahr, daß dieses Potential weiter anwächst.

Die Aufstandsbewegung von rechts geht von islamischen Kreisen aus, vor allem von den zahlreichen Dakwah-Bewegungen, die einem militanten Islam anhängen. Teile dieser Gruppen verfolgen eine gerechtere Verteilung des Volksvermögens und den Ausschluß der Chinesen und der Ausländer aus dem Wirtschaftsleben, während andere den Islam-Staat fordern. Unterstützt werden diese Bewegungen nicht zuletzt durch Libyen, das in Kuala Lumpur ein bemerkenswertes Kulturzentrum unterhält und durch dessen "Volksbüro" in Kuala Lumpur angeblich auch die Muslim-Aufständischen in den südlichen Philippinen und in Süd-Thailand finanziell unterstützt werden. Die "islamische Gefahr" wird seit Frühjahr 1981 noch dadurch erhöht, daß islamische Flüchtlinge aus den muslimischen Südpfeilern Thailands nach Malaysia kommen und sich dort mit lokalen Aufständischen, nicht zuletzt auch mit Kommunisten, zu einem Zweckbündnis zusammenschließen. Durch die "Hot pursuit"-Verabredungen zwischen Malaysia und Thailand konnte dieses Problem bisher nicht gelöst werden. Aus der Sicht Kuala Lumpurs besteht möglicherweise die Gefahr, daß sich die Radikalen von links und rechts langfristig zusammenschließen könnten - mit der Folge, daß die Rassenunruhen neue Nahrung erhalten. Die Regierung in Kuala Lumpur, die nicht vergessen kann, daß der Guerillakampf bisher schon "Hunderte von Millionen Dollar" und das Leben von zwanzigtausend Zivilisten gekostet hat (11), hat denn auch die chinesische Einstellung gegenüber den Aufständischen, vor allem der KPM, zum Prüfstein für das Gesamtverhältnis gemacht. Auch Zhao Ziyang wurde mit der Gretchenfrage konfrontiert: "Wie hältst du's mit den Kommunisten?" Er erwiderte darauf, daß die Beziehungen Chinas zur KPM "nur politisch und moralisch" seien (12). China werde sich nicht in die Angelegenheiten der ASEAN-Länder einmischen.

Eine solche Antwort aber genügte den malaysischen Gastgebern nicht: Man geht davon aus, daß die KPM immerhin eine verbotene Partei ist, daß China aber trotzdem nach wie vor Beziehungen zu ihr unterhält (13). Sei dies nicht Eimischung in die inneren Angelegenheiten Malaysias? Schon beim Besuch Deng Xiaopings war man mit der "Polit-Moral-Antwort" des chinesischen Gastes nicht einverstanden. Deng hatte damals versichert, daß China gewaltsame Umsturzversuche nicht mehr fördern, sondern lediglich an seinen moralischen und politischen Verpflichtungen gegenüber den verbotenen Bruderparteien in Malaysia und anderswo festhalten wolle. China müsse sich statt dessen offen zum Bruch mit den malaiischen Kommunisten bekennen (14).

In Malaysia ist man weiterhin befremdet darüber, daß der Partisanensender "Stimme der malaiischen Revolution" ("Suara Revolusi Malaysia"), der am 30. Juni 1981 seine Tätigkeit eingestellt hatte, in der Zwischenzeit von einem anderen Ort aus - wahrscheinlich von den KPM-Basen in Süd-Thailand her - seine regierungsfeindlichen Sendungen wiederaufgenommen hat (15). Wirkten hier nicht abermals die chinesischen Kommunisten als Drahtzieher, zumal der Sender fortfahre, die KPCh zu feiern (16)!!

Schließlich geht man in Malaysia davon aus, daß Chin Peng, der KPM-Führer, seit 1957 im Beijinger Exil lebt - neben zahlreichen anderen Spitzenfunktionären übrigens, von denen der geflohene Musa Ahmad nur einer war.

Nach alledem ist es kein Wunder, daß die malaysische Regierung mit den Verhandlungsergebnissen anläßlich des Zhao-Besuches alles andere als zufrieden war. Innenminister Sri Ghazali Shafi bezeichnete im Anschluß an den Zhao-Besuch Beijing als gefährlicher für Asien als die Sowjets (17). Besonders sprach der Innenminister in diesem Interview den Verdacht aus, daß China hinter der Wiederaufnahme der Sendungen des Partisanenradios stehe. Für China ist eine solche Aussage nicht gerade erfreulich, nachdem man sich vorher propagandistisch monatelang darum bemüht hatte, den sowjetischen Hegemonismus sowie den vietnamesischen Regionalhegemonismus als Hauptgefahr für die Länder Südostasiens hinzustellen. Erst vor kurzem war die Landesverweisung dreier KGB-Agenten aus Malaysia zu einem wichtigen Propagandathema gemacht worden (18). Diese KGB-Leute hatten sich bis in Regierungsämter, vor allem bis zum Büro des früheren politischen Sekretärs des heutigen Ministerpräsidenten, vorge-schlichen (19).

Eine weitere Streitfrage bildete das Kambodscha-Problem. Hier hatte es im Zusammenhang mit der Internationalen Kambodscha-Konferenz (13.-17. Juli) unterschiedliche Auffassungen zwischen den ASEAN-Staaten und China gegeben. U.a. hatte China den Abzug der Truppen innerhalb von sechs Monaten als Vorbedingung für jegliche weitere Verhandlungen gefordert, während die ASEAN-Staaten keine Zeitbegrenzung wünschten. Ferner widersprach China dem ASEAN-Vorschlag, die DK-Kräfte zu entwaffnen. Auch der ASEAN-Vorschlag zur Entsendung von UNO-Truppen stieß auf chinesischen Protest. Und schließlich wünschte China keine "interimistische Verwaltung", da es ja bereits eine legitime kambodschanische Regierung gebe, nämlich die des DK (20)!

Malaysia, das den Schachzügen Chinas mit großem Mißtrauen begegnet, ist mit der einseitigen Verdammung Vietnams immer weniger einverstanden und möchte vor allem nicht eine Kampflösung auf dem Schlachtfeld, sondern eine langfristige politische Lösung. Bezeichnenderweise wirkte es für die Regierung in Kuala Lumpur bereits beruhigend, daß Zhao Ziyang erklärte, China habe keine Ambitionen, Kambodscha zu einer Satellitennation zu machen.

Ungeachtet malaysischer Empfindlichkeit legte Zhao in aller Ausführlichkeit die chinesischen Ansichten über den vietnamesischen "Regionalhegemonismus" klar und fügte u.a. hinzu, daß Vietnam gegenwärtig 60% seiner Streitkräfte entlang der chinesisch-vietnamesischen Grenze stationiert habe. China habe aber grundsätzlich nichts gegen Vietnam, sondern nur gegen dessen gegenwärtige Hegemonialpolitik. Habe China nicht vor 1975 maximale Hilfe an Vietnam geleistet (21)!!

Radio Pnom Penh sprach davon, daß sich die Südostasiaten mit dem Besuch Zhaos einen "Tiger in ihr Haus geladen" hätten

(22). Radio Hanoi meinte, die südostasiatischen Regierungen sollten sich angesichts der "süßen Worte" Zhaos nicht "einschläfern" lassen (23), sondern sollten statt dessen an die subversiven Aktivitäten der Chinesen in Südostasien denken. Wolle man im übrigen vergessen, daß China neuerdings mit den USA engstens zusammenarbeite und daß es von Washington Offensivwaffen geliefert bekomme? Den Chinesen gehe es um Vorherrschaft in der südostasiatischen Region. Auch habe Zhao vergebens versucht, den anstehenden Dialog zwischen den ASEAN und den Indochinesischen Staaten zu unterbrechen. Auch die sog. Drohungen von seiten der Sowjetunion und Vietnams gegen Südostasien hätten ihn hierbei nicht weiter gebracht (24).

Ganz im Gegensatz dazu pries die chinesische Presse den Malaysia-Besuch Zhaos als vollen Erfolg. Beide Staaten könnten ihre bilateralen Beziehungen und ihren Handel weiterhin aktiv entwickeln. Beijing ließ es sich nicht nehmen, nebenbei auch die Wirtschaftserfolge Malaysias zu loben. Hervorzuheben sei vor allem die Politik der wirtschaftlichen Diversifizierung. Auch das Wachstum sei beachtlich gewesen und habe bei den drei bisherigen Fünf-Jahres-Plänen zwischen 5,7% und 8,6% betragen. Die Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden Menschen sei von 49,3% auf 29% zurückgegangen. Im vierten Fünf-Jahres-Plan (1981-85) solle die landwirtschaftliche Diversifizierung weiterbetrieben und mehr Kakao, Pfeffer und Tabak angepflanzt werden. Auf dem Gebiet der Industrie konzentriere sich Malaysia vor allem auf solche Gebiete, die mit eigenen Rohstoffen versorgt werden können. Auch bei den ausländischen Investitionen habe Malaysia eine glückliche Hand gezeigt (25).

### 3. Der Besuch in Singapur (11.-13. August 1981)

Mit Ministerpräsident Lee Kuan Yew war sich Zhao Ziyang schnell über eine gemeinsame Kambodscha-Politik einig. Die Regierung Singapur vertritt innerhalb der ASEAN neben Thailand die härteste Kambodscha-Linie, zeigt sich mit am entschiedensten anti-vietnamesisch und steht daher dem Standpunkt Beijings verhältnismäßig nahe. Beide Seiten sprachen sich für ein unabhängiges, neutrales und blockfreies Kambodscha aus.

Auch in Singapur, wo das Kommunistenproblem allerdings der Regierung nicht so unter den Nägeln brennt wie in Malaysia, kam man nochmals auf die Unterstützung lokaler KPs durch Beijing zu sprechen. Auch hier betonte Zhao erneut, daß diese Unterstützung nur "politischer und moralischer Natur" sei (26). Er bekräftigte erneut, daß China die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz einhalten und sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und anderer kommunistischer Parteien einmischen werde (27). Chinas Haltung in dieser Frage sei "offen und ehrlich".

Besonders wohlthuend mag es für chinesische Ohren gewesen sein, daß die Regierung Singapurs erneut ihre Auffassung wiederholte, daß die unmittelbarste Gefahr für die Länder Südostasiens gegenwärtig von der Sowjetunion ausgehe (28). Schon im März 1980 habe Singapur erklärt, daß kein sowjetisches Flugzeug via Singapur nach Indochina fliegen dürfe. Außerdem erlaube Singapur keinem sowjetischen Schiff das Anlaufen des Singapur Hafens; sowjetischen Schiffen würden nicht einmal Reparaturmöglichkeiten eingeräumt. Im Juli 1980 habe die singapurische Regierung bereits Überlegungen angestellt, ob nicht der Handel mit Vietnam abgebrochen werden solle; zumindest wurde Vietnam seitdem nicht mehr mit strategischen Materialien versorgt (29).

Wie schon Deng Xiaoping pflanzte auch diesmal Zhao Ziyang einen Freundschaftsbaum in Singapurs neuem Industriezentrum Jurong. Auch Zhao zeigte sich, wie schon Deng, vom wirtschaftlichen und städtebaulichen Fortschritt Singapurs beeindruckt.

Während China mit den Philippinen und Malaysia seit 1975 diplomatische Beziehungen unterhält, ist es zur Aufnahme solcher offizieller Kontakte mit Singapur bisher nicht gekommen. Statt dessen besitzt Singapur nun eine chinesische Handelsvertretung, die am 20. August 1981 offiziell eröffnet wurde. Im Juli 1980 bereits hatten die Regierungen beider Länder in Beijing ein Abkommen über die Einrichtung einer solchen Vertretung unterzeichnet. Aufgabe der Mission wird es künftig sein, die Zusammenarbeit beider Länder auf den Gebieten Handel, Industrie und Technik zu fördern und andere wirtschaftliche Beziehungen zu entwickeln. Die Vertretung ist darüber hinaus bevollmächtigt, Visa zu erteilen. Die chinesische Handelsvertretung in Singapur ist damit die bislang einzige offizielle Vertretung Chinas in Singapur (30).

Der Handel zwischen beiden Staaten floriert, seit im Jahre 1979 ein Abkommen über Wirtschafts- und Handelsbeziehungen unterzeichnet wurde. Bereits 1979 belief sich der bilaterale Handel auf 400 Mio. US\$ und 1980 bereits auf 706 Mio. US\$, was eine Steigerung von +76% gegenüber 1979 bedeutete (31).

Lee Kuan Yew deutete seinem Gast, daß in den ASEAN-Staaten für den Marxismus kein Platz sei. Keines der ASEAN-Länder habe Bedarf an Kommunismus und an kommunistischen Parteien, um eine bessere Gesellschaft oder höheren Wohlstand zu erreichen. Jede Regierung in der ASEAN-Region sei davon überzeugt, daß Kommunisten im eigenen Land wegen der ausländischen Unterstützung und Eimischung nur eine Bedrohung bedeuteten.

Zhao Ziyang machte seinem Gastgeber deutlich, daß China die ASEAN als eine wichtige Kraft im internationalen Kräftespiel betrachte. Die ASEAN-Gemeinschaft befinde sich an einer strategisch wichtigen Passage vom Pazifik zum Indik und sei hier zunehmend der Bedrohung durch den vietnamesischen Expansionismus und den sowjetischen Hegemonismus ausgesetzt. Einziger Ausweg sei hier eine Regionalisierung der Wirtschaft und womöglich auch des Militärbereichs. Seit 1976 hätten erfreulicherweise mehrere Wirtschaftskonferenzen auf Ministerienebene stattgefunden, die Kooperationspläne für verschiedene Bereiche ausgearbeitet hätten. Die Ölexporteure Indonesien und Malaysia lieferten Erdöl vornehmlich an die Philippinen, Thailand und Singapur. Die Meistbegünstigungs-Handelsabkommen umfaßten mittlerweile ein Sortiment von 6.000 Artikeln. Diese Zusammenarbeit werde auch in anderen Bereichen, wie Landwirtschaft, Schifffahrt, Industrie, Finanzen und Tourismus, ergänzt.

Die wachsende Bedrohung durch den sowjetisch-vietnamesischen Hegemonismus mache in Zukunft auch eine multilaterale militärische Zusammenarbeit unverzichtbar.

Schon heute koordinierten die fünf Länder ihre Außenpolitik und hätten damit international Durchschlagskraft erhalten. China unterstütze entschieden den ZOPFAN-Plan und den gemeinsamen Kampf der ASEAN-Länder gegen die Bedrohung durch den Hegemonismus (32).

#### 4. Zwischenaufenthalt in Bangkok (13. August 1981)

Noch vor seiner Rückkehr nach China legte Zhao einen kurzen

Zwischenaufenthalt in Bangkok ein und führte mit dem thailändischen Ministerpräsidenten Tinsulanonda ein zweistündiges Gespräch über Fragen gemeinsamen Interesses. U.a. erklärte der chinesische Gast seine Befriedigung über die gemeinsamen Marineübungen von Thailand und Malaysia im Bereich des Golfs von Thailand (33).

#### 5. War die Rundreise ein Erfolg?

Die sowjetische, die vietnamesische und die VRK-kambodschanische Presse bezeichnen die Reise Zhao Ziyangs als Mißerfolg. Die Zusammenarbeit zwischen den "chinesischen Expansionisten und den US-Imperialisten" habe nicht kaschiert und die subversive Aktivität Chinas in den Ländern Südostasiens nicht überkleistert werden können (34).

Die chinesische Presse andererseits feiert die Tour als vollen Erfolg, da sie die "Freundschaft und das gegenseitige Verstehen gefördert" habe (35). Es gebe keine grundsätzlichen "Interessenkonflikte" zwischen China und den besuchten Ländern. China habe seinen Gastgebern erneut versichern können, daß es niemals eine Vormachtrolle anstreben werde, daß es gegen keines der Länder Subversion ausüben oder eine Einflußzone errichten wolle. Die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz würden auch künftig das Beziehungsgefüge bestimmen. Vergleiche man die Beziehungen vor 1974/75 und danach, so müsse man einen ganz entschiedenen Fortschritt konstatieren (36). Selbst die malaysische Regierung habe zugeben müssen, daß sich ihr Verhältnis zu China "mehr oder weniger verbessert habe".

Eines der wichtigsten Defizite chinesischer Südostasienpolitik, das auch diesmal besonders sichtbar wurde, ist das nach wie vor ungeklärte Verhältnis zu Indonesien, dem größten Mitgliedsstaat der ASEAN. Offensichtlich wartet Jakarta, dessen Regierung ja noch unter dem Trauma des "kommunistischen Aufstands" von 1965 steht, mit besonderer Ungeduld darauf, daß China endgültig und offiziell aller Zusammenarbeit mit lokalen KPs abschwört, bevor man bereit ist, an die Einrichtung formeller Beziehungen zur VR China zu denken. Die chinesische Führung täte gut daran, sich in Zukunft auch von "politischer und moralischer" Zusammenarbeit mit den KPs loszusagen, wenn es ihr wirklich um ein ungetrübtes Verhältnis zu den ASEAN-Ländern zu tun ist. Auch in Zukunft wird man dort ja kaum Verständnis für eine duale Außenpolitik aufbringen können - schon gar nicht in Indonesien. Solange aber Indonesien "außenvor bleibt", kann von einem vollen Erfolg Beijinger Südostasienpolitik kaum die Rede sein.

#### Anmerkungen:

- 1) Zur Deng-Reise vgl. C.a., Dezember 1978, S. 819-822, und zur Südasien-Reise Zhaos vgl. C.a., Mai 1981, 0 12.
- 2) XNA, 10.8.81.
- 3) Ebd.
- 4) XNA, 7.8.81.
- 5) Radio Manila in SWB, 10.8.81.
- 6) Einzelheiten dazu in C.a., September 1973, S. 515 ff.
- 7) XNA, 2.6.81.
- 8) 6.8.81.
- 9) XNA, 7.5.81.
- 10) XNA, 19.4.81.
- 11) Radio Kuala Lumpur in SWB, 13.8.81.
- 12) XNA, 12.8.81.
- 13) Radio Kuala Lumpur in SWB, 13.8.81.
- 14) So der malaysische Innenminister in Radio Kuala Lumpur, SWB, 20.7.81.